

2 | 201 | 16-2 | Hessen

Diskussionsentwurf
der
Wahlkampfkommission

14.9.74

**PROGRAMM
FÜR
HESSEN**



PROGRAMM FÜR HESSEN

INHALT

	Seite
A. Bildung	
1. Den Lehrermangel mildern und beseitigen	3
2. Das Schulsystem vernünftig gliedern	
3. Moderne Lehrpläne statt „Rahmenrichtlinien“	
4. Das Elternrecht sichern	4
5. Vorrang für die Grundschule	
6. Die berufliche Bildung gleichrangig behandeln	
7. Freie Schulen fördern	5
8. Die Erwachsenenbildung ausbauen	
9. Innere Freiheit und Funktionsfähigkeit der Hochschulen sichern	
10. Die Studienreform zum Abschluß bringen	6
11. Durch Universitäts-Neugründungen den Numerus clausus entschärfen	
12. Genügend Spiel- und Kindergartenplätze schaffen	
B. Wirtschafts-, Struktur- und Verkehrspolitik	
1. Gezielte Strukturpolitik garantiert Arbeitsplätze	7
2. Die Finanzpolitik muß zur Stabilität beitragen	
3. Die öffentlichen Personalausgaben begrenzen	8
4. Die Energieversorgung Hessens unabhängiger machen	
5. Fortschrittliches Verkehrskonzept verwirklichen	
6. Im Wohnungsbau die Weichen neu stellen	9
7. Eine Konzeption für die Ausländerbeschäftigung entwickeln	10
8. Die Bedeutung der Landwirtschaft erkennen	
9. Die mittelständische Wirtschaft fördern	11
C. Mensch, Arbeit und Gemeinschaft	
1. Interessen der Arbeitnehmer durchsetzen	
2. Die Gleichstellung der Frau in Gesellschaft und Beruf vorantreiben	12
3. Der Jugend bessere Chancen geben	
4. Behinderte in die Gesellschaft eingliedern	13
5. Im Alter helfen	

D. Recht, Sicherheit und öffentliche Verwaltung

- | | |
|--|----|
| 1. Anwachsende Kriminalität bekämpfen | 14 |
| 2. Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst heraushalten | |
| 3. Richterwahl und Juristenausbildung im Sinne unabhängiger Justiz neu regeln | 15 |
| 4. Volksvertreter unabhängig entscheiden lassen | 16 |
| 5. Die Verwaltung von sozialdemokratischer Parteibuchwirtschaft und Machtverfilzung befreien | |

E. Umweltschutz und Landschaftspflege

Fragen des Überlebens

F. Gesundheit

- | | |
|--|----|
| 1. Die ärztliche Versorgung sichern | 17 |
| 2. Das Gesundheitswesen dem Fortschritt anpassen | 18 |

G. Sport und Freizeit

Quelle von Gesundheit und Freude

H. Länderneugliederung und Gebietsreform

Augenmaß ist notwendig 19

A. Bildung

Chance für jeden

Bildung prägt den Menschen. Sie gibt ihm Chancen fürs Leben. Sie entfaltet seine geistigen und praktischen Kräfte und Anlagen. Bildung führt den jungen Bürger in die menschliche Gemeinschaft ein, in ihre Aufgaben, Erwartungen, Grenzen und Konflikte. Sie macht Erfüllung im gewählten Beruf möglich. Das alles ist gewährleistet, wenn die Bildungseinrichtungen zweckmäßig geplant, eingerichtet und verwaltet werden. Bildungs- und Lehrpläne müssen auch dem modernen Berufsleben entsprechen. Sie dürfen nicht am späteren Leben vorbeigehen. Das bedeutet eine Orientierung auch am Prinzip „Leistung“.

Ein besonderer Streitpunkt ist seit einigen Jahren der politische Unterricht an unseren Schulen. So versucht z.B. der hessische Kultusminister mit den „Rahmenrichtlinien“ einseitiges, ideologisch-marxistisches Gedankengut in viele Schulfächer einzubringen. Die CDU wendet sich gegen diese totale Politisierung der Schule. Aus einem Klima des politischen Kampfes an der Schule erwächst am Ende politischer Haß, wie er an den Universitäten bereits an der Tagesordnung ist. Wir sagen: Schulunterricht muß grundsätzlich überparteilich sein. Im politischen Unterricht („Sozialkunde“) gilt als Maßstab unsere rechtsstaatliche und soziale Verfassung. Lehrerbildung, Lehrpläne und der praktische Unterricht sind an diese unsere demokratische Ordnung gebunden. Das gilt auch für die Universitäten, an denen der politische Radikalismus seit Jahren fast ungestört sein Unwesen treibt.

Hessen hat nach dem Kriege im Bildungswesen beachtliche Leistungen vollbracht. Seit geraumer Zeit stellen die politisch Verantwortlichen diese Erfolge jedoch in Frage. Eine erfolglose „Reform“ für das Schulwesen löst die andere ab. Schüler und Eltern kennen sich in unzähligen und oft sinnlosen Experimenten nicht mehr aus. Die Gelder werden in die falschen Projekte gesteckt. Lehrermangel, zu große Klassen, Unterrichtsausfall und Lücken im Lehrangebot sind die Folgen. Die Leidtragenden sind die Kinder.

Es ist das erste Anliegen der CDU, in die Schule und in die anderen Bildungseinrichtungen wieder Ruhe und Ausgewogenheit zu bringen. Nur dann ist eine moderne, wissenschaftlich fundierte Weiterentwicklung des Schulwesens möglich. Zum Nutzen unserer Jugend.

Für die CDU Hessen heißt das u. a.:

1. Den Lehrermangel mildern und beseitigen

In diesem Punkt liegt eindeutig der Schwerpunkt unserer Schulpolitik. Eine von der CDU geführte Landesregierung wird sofort kurzfristige und langfristige Maßnahmen ergreifen:

– Errichtungsstopp für Förderstufen und Gesamtschulen, weil diese ungesicherten Experimente mehr Lehrer brauchen als herkömmliche Schulen

– Erweiterung des nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterrichts. Einsatz von Fachkräften aus Wirtschaft und Verwaltung

– Einführung moderner Lehr- und Lernmethoden, die Lehrpersonal einsparen

– Wiederbeschäftigung ausgeschiedener Lehrkräfte

– Keine weiteren Arbeitszeitverkürzungen für Lehrer

2. Das Schulsystem vernünftig gliedern

Das teuerste Experiment der letzten Jahre war die vorilige Errichtung zu vieler integrierter Gesamtschulen und Förderstufen. Die CDU ist der Ansicht, daß zur Erprobung dieser Schulform der Aufbau einiger weniger Gesamtschulen ausreichend ist. Dieses Experiment wurde von der Landesregierung mit dem Geld ausgestattet, das dann bei der Beseitigung des Lehrermangels fehlte. Integrierte Gesamtschulen haben zudem einen um 30% größeren Bedarf an Lehrern als andere Schulformen und verschlechtern die Situation auch insoweit.

Jetzt müssen die bisherigen Versuche erst einmal wissenschaftlich – und zwar unparteiisch – ausgewertet und überprüft werden. In einem System- und Leistungsvergleich muß sich zeigen, welche Schulform die beste ist.

Die Alleingänge des Landes Hessen auf diesem Gebiet haben zu Nachteilen für die Schüler geführt, die aus Hessen in andere Bundesländer verzogen sind oder die nach Hessen kamen. Diese Entwicklung muß dadurch gestoppt werden, daß die künftige Gliederung des hessischen Schulsystems in Abstimmung mit den übrigen Bundesländern, mit der Kultusminister-Konferenz, der Bund-Länder-Kommission und mit dem Deutschen Bildungsrat erfolgt.

Nach Ansicht der CDU muß das Schulsystem künftig so gegliedert sein, daß der Schüler möglichst vielfältige Wahlmöglichkeiten hat. Das betrifft sowohl die Wahl verschiedener „Laufbahnen“ wie auch die Wahl der verschiedensten Fächer.

Daher darf das Schulsystem, um jeden einzelnen bestmöglichst zu fördern, nicht sozialistisch-einheitlich, sondern muß ganz im Gegenteil möglichst vielfältig sein. Gleichwertigkeit, Gleichrangigkeit und „Durchlässigkeit“ der Bildungswege – Übergangsmöglichkeiten von einer Laufbahn in die andere –, sind heute Selbstverständlichkeiten eines modernen Bildungswesens.

3. Moderne Lehrpläne statt „Rahmenrichtlinien“

Die CDU weiß und macht dies der Regierung zum Vorwurf, daß die z.Z. gültigen Lehrpläne zum Teil veraltet sind. Ihre Erneuerung ist fällig. Ihr eigenes Versäumnis führt jetzt die Landesregierung als Entschuldigung für den Ersatz dieser alten Lehrpläne durch sogenannte „Rahmenrichtlinien“ an.

Diese Rahmenrichtlinien mißbrauchen die Schule zum Unterricht in „marxistischer Theorie“, erziehen zum Klassenkampf und zur politischen und gesellschaftlichen Intoleranz. In dieser Beurteilung wird die hessische CDU von namhaften Wissenschaftlern des In- und Auslands unterstützt.

Der hessische Kultusminister hat trotz der von allen Seiten geäußerten Bedenken die umstrittenen Rahmenrichtlinien zur Erprobung freigegeben. Damit werden die betroffenen Schüler ihrem schädlichen Einfluß ausgesetzt. Eine CDU-Regierung wird diese Erprobung sofort beenden.

Das Konzept der hessischen CDU sieht vor, die Lehrinhalte für den Schulunterricht neu zu erarbeiten. Sie wird hierzu in großem Umfang Wissenschaftler und Schulpraktiker in die Mitarbeit einbeziehen. Der jetzige Kultusminister hat seine Rahmenrichtlinien von ganz einseitig ausgerichteten Verfassern schreiben lassen. Wir meinen dagegen, daß neue Lehrpläne nur dann für die gesamte Bevölkerung annehmbar sind, wenn verschiedenste pädagogische und fachliche Meinungen berücksichtigt werden. Demokratisches Denken verlangt von neuen Lehrplänen grundsätzlich, daß sie

– die Entfaltungsmöglichkeiten der Schüler und Lehrer verbessern

– die Verpflichtung des einzelnen gegenüber unserem Staat und unserer Gesellschaft berücksichtigen

– dem gemeinsamen Erziehungsauftrag von Elternhaus und Schule gerecht werden.

4. Das Elternrecht sichern

Grundgesetz und Hessische Verfassung garantieren das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern. Im Bereich der Schule haben Staat und Elternhaus nach dem Willen des Bundesverfassungsgerichts einen gemeinsamen und gleichgeordneten Erziehungsauftrag. Trotzdem provozieren moderne politisch-pädagogische Richtungen einen dauernden Konflikt mit dem Elternhaus.

In amtlichen und halbamtlichen Schriften der sozialdemokratischen hessischen Landesregierung wird zu einer faktischen Einschränkung des Elternrechts aufgerufen und ein Feindbild von der Familie aufgebaut.

Deshalb ist es notwendig geworden, die verfassungsmäßigen Elternrechte im Schulwesen gesetzlich besser zu sichern.

Der Staat muß dafür Sorge tragen, daß die Elternschaft ihre Mitbestimmungsrechte so gut wie möglich wahrnehmen kann. Dazu gehört eine fortlaufende Information der Elternschaft über ihre Rechte und über die geltenden Bestimmungen im Schulwesen.

Die Elternbeiräte müssen vor der so häufig angewandten Überrumpelungstaktik geschützt werden. Sie sollen vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit und dem Hessischen Staatsgerichtshof partei- und prozeßfähig werden.

Bei Konfliktfällen zwischen Schule und Schulaufsichtsbehörde einerseits und Elternvertretung andererseits soll nicht mehr die Verwaltung entscheiden, sondern eine neutrale Einigungsstelle.

5. Vorrang für die Grundschule

Die Grundschule muß in der Rangfolge der besonders zu fördernden Schularten den Platz 1 bekommen, denn im Grundschulalter werden die Fundamente aller späteren Bildung gelegt.

Die Bemühungen um Chancengerechtigkeit müssen im Kindergarten und im frühesten Schulalter beginnen und dürfen nicht, wie es in der Schulpolitik der SPD geschieht, auf die Zeit des 11. Lebensjahres verschoben werden.

Die CDU wird in der Regierungsverantwortung dafür Sorge tragen, daß die Grundschule aus ihrer Schlußlichtposition bei der Zuweisung von Lehrkräften und Lernmitteln herausgeholt wird. Eine bessere Lehrerversorgung, moderne Räume, reichhaltigere Lernmittel und eine intensivere pädagogische Bemühung um alle Kinder, besonders um diejenigen, die aus gestörtem sozialen Milieu kommen und dabei in der Schule etwas nachzuholen haben – das sind die leitenden Gesichtspunkte, von denen wir in unserer Politik für die Grundschulen ausgehen.

Langfristig werden wir eine Schüler-Lehrer-Relation von 25 : 1 in der Grundschule herstellen. Als mittelfristiges Ziel sehen wir eine Klassenobergrenze von 30 Schülern an.

Die Grundstufe soll in der Regel auf einer vorschulischen Förderung aufbauen. Vorschulische Erziehung heißt nicht Vorverlegung der Schule (wie es die Sozialisten wollen), sondern pädagogische Weiterentwicklung des Kindergartens.

Die Gefahr der Überforderung der Kinder durch unausgereifte Experimente im Kindergarten-Vorschulbereich muß vermieden werden. Wichtigstes Ziel der Vorschulpädagogik ist die ergänzende und ausgleichende Erziehung derjenigen Kinder, die durch ihre soziale Herkunft in der Schule benachteiligt sind.

6. Die berufliche Bildung gleichrangig behandeln

Gute berufliche Bildung ist Voraussetzung für ein gesichertes Einkommen des einzelnen Bürgers. Aus Gründen der Chancengerechtigkeit müssen die beruflichen Bildungsmöglichkeiten in allen Landesteilen auf gleich hohem Niveau eingerichtet werden. Nur dann haben auch Bewohner bisher wirtschaftlich vernachlässigter Landesteile die Chance, aufzuholen und gleichzuziehen.

Berufliche Bildung darf nicht auf Schulen und Großbetriebe beschränkt werden. Ausbildungsplätze in Klein- und Mittelbetrieben sind unentbehrlich. Mittelstandsfeindliche Propaganda von linken „Systemüberwindern“ in der Lehrlingsausbildung geht zu Lasten der Entfaltungsmöglichkeiten der jungen Menschen.

Seit Jahren weisen die Politiker der CDU darauf hin, daß die Bildungs-Experimente der hessischen Landesregierung auf Kosten der Berufsschulen gehen. Die Mahnungen halfen nicht viel: Die berufliche Bildung wurde und wird vernachlässigt. Daher gilt sie in der Öffentlichkeit weithin als „Hinterhof der hessischen Bildungspolitik“.

Eine CDU-Regierung wird dies ändern. Wir werden der Berufsschule den Rang geben, der ihr als Bildungsstätte für nahezu 80% der jüngeren Generation zukommt. Für uns sind allgemeine und berufliche Bildung gleichrangige Aufgaben. Das ist zunächst eine Frage der finanziellen Ausstattung, gleichzeitig aber auch eine Frage der Umorganisation und neuer Schwerpunkte.

Theorie und Praxis der beruflichen Bildung sind in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Dazu ist folgendes notwendig:

- Allmählicher Übergang von der Schule zur Berufswelt sowie Vermittlung breiter beruflicher Grundkenntnisse durch Verstärkung des schulischen Bereichs im Rahmen der vorberuflichen Bildung und durch Einführung eines Berufsprüfungsjahres

- Überbetriebliche Lehrwerkstätten und Ausbildungszentren in wesentlich größerer Zahl, insbesondere in den strukturschwachen Gebieten

- Vollzeitunterricht an den beruflichen Schulen in bestimmten Ausbildungsabschnitten (Blockunterricht)

- Spätestens im Jahre 1980 12 Berufsschul-Stunden in der Woche. In einem Sofortprogramm sind 9 Stunden sicherzustellen. Hierzu größerer Einsatz nebenamtlicher und nebenberuflicher Lehrkräfte

- Berufsberatung von der vorberuflichen Bildung bis zum endgültigen Abschluß.

Bevor über die Einbeziehung der Berufsschulen in Gesamtschulen gesprochen werden kann, müssen die Erfahrungen mit den Gesamtschulen ausgewertet sein. Derzeit stellte die „Integration der beruflichen Bildung in den Bereich der Sekundarstufe II“ ein unverantwortliches Experiment dar, das die CDU nicht vornehmen wird.

7. Freie Schulen fördern

Nichtstaatliche, freie Schulen sind Bestandteil einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie müssen daher auch in Zukunft frei eröffnet und frei geführt werden können. Auch im Bildungswesen zeitigt ein Staatsmonopol keine guten Früchte. Vielmehr hat der Staat die Aufgabe, sich für die Existenzsicherung der Privatschulen aktiv einzusetzen.

Die Erfahrung lehrt, daß freie Schulen in der Regel Schrittmacher des pädagogischen Fortschritts sind. Sie entlasten außerdem Staat und Gemeinde finanziell. Die CDU wird einen pädagogischen Wettbewerb und im organisatorischen Bereich ein geordnetes Miteinander zwischen staatlichen und freien Schulen ermöglichen.

8. Die Erwachsenenbildung ausbauen

Die CDU tritt für eine Belebung und Erweiterung der Erwachsenenbildung ein. Die heutige Zeit verlangt von uns ständige Wissenserweiterung und Weiterbildung. Die im Vergleich zu früher kürzere Arbeitszeit gibt die Möglichkeit, durch Weiterlernen Freizeit nutzbringend auszufüllen.

Dem Hessischen Landtag liegt ein Gesetzesvorschlag der CDU zur Erwachsenenbildung vor. Nach ihm sollen die freigemeinnützigen Einrichtungen gleichrangig wie die staatlichen in den Genuß öffentlicher Förderung kommen. Pluralität der Bildungsangebote ist auch hier eine demokratische Notwendigkeit. Die CDU will ferner die Bildungsarbeit der Jugendverbände der Förderung der Erwachsenenbildung gleichstellen.

In das Lehrprogramm der Erwachsenenbildung sollen verstärkt berufliche Fort- und Weiterbildung sowie Umschulungen einbezogen werden. In Hessen sind in mehreren Fällen kommunale Volkshochschulen zu Übungsstätten linksradikaler Kräfte geworden. Die CDU wird darüber wachen, daß auch hier die Grundsätze freiheitlicher demokratischer Rechtsstaatlichkeit erhalten bleiben. Sobald stabilitätspolitisch vertretbar, muß an die stufenweise Einführung des Bildungsurlaubs herangegangen werden. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag ist von der CDU-Landtagsfraktion erarbeitet worden.

9. Innere Freiheit und Funktionsfähigkeit der Hochschulen sichern

Die Universitäten müssen durch politische Anstrengungen vom Druck linksradikaler, totalitärer Kräfte befreit werden. Professoren und Studenten dürfen keinem geistigen Gruppenterror unterworfen sein. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein unverzichtbarer Verfassungsgrundsatz.

Alle am Universitätsleben beteiligten Gruppen sollen in maßvoller Abwägung ihrer Rechte und Pflichten Freiheitsräume in Anspruch nehmen. Der Staat muß aber in das Universitätsleben dann ordnend eingreifen, wenn die Selbstverwaltung der Universitäten nicht zur Lösung der anstehenden Aufgabe fähig ist.

Den Universitäten selbst muß ein angemessenes und praktikables Ordnungsrecht zur Verfügung gestellt werden. Die CDU sieht es als eine ihrer Aufgaben an, notorischen Rechtsbrechern und Verfassungsfeinden an den Universitäten die Grundlage ihres Wirkens zu entziehen. Dazu gehört auch, diesen keine öffentlichen Geldmittel zukommen zu lassen. Eine Landesregierung der CDU wird zum Mittel des Verbots solcher Organisationen greifen. Zur Klärung der Verhältnisse an unseren Hochschulen empfiehlt sich ferner, für die Wahl der universitären Körperschaften generell die Briefwahl einzuführen. Dieser Schritt wird eine breitere Legitimation der entsprechenden Gremien sichern.

Auch an den hessischen Universitäten werden Berufungen und Ernennungen von akademischen Lehrern immer häufiger vom ideologischen Bekenntnis der Bewerber abhängig gemacht. Dies darf nicht länger geduldet werden. Für die CDU gibt es nur ein Kriterium für Neueinstellungen: fachliche und pädagogi-

sche Eignung. Um diesen Grundsatz durchführen zu können, dürfen die Entscheidungen an den Universitäten über Forschungs-, Prüfungs- und Berufungsfragen nur von solchen Personen getroffen werden, die sich entsprechend wissenschaftlich qualifiziert haben.

Die CDU legt größten Wert auf Mitwirkung und Mitbestimmung auch an der Universität. Nur muß diese nach Anteil und Kompetenz funktionsgerecht und nicht nach Paritätsdogmen gestaltet werden.

Soweit das hessische Universitätsgesetz einer einseitigen Politisierung und Ideologisierung Vorschub leistet und die verfassungsmäßige Freiheit der Wissenschaft gefährdet, wird es die CDU aufheben. Dies gilt insbesondere für den berüchtigten „Einschüchterungsparagrafen 6“.

10. Die Studienreform zum Abschluß bringen

Eine unsinnige „Reform der Hochschulorganisation“ hat in den letzten Jahren von allen Beteiligten viel Kraft und Mühe gefordert. In diesem Bereich wollen wir die Änderungen jetzt endlich zum Abschluß bringen. Dazu gehört auch, den Instituten und Seminaren als den eigentlichen Stätten der Lehre, des Lernens und der Forschung einen gesicherten Platz im Universitätsgesetz zu geben.

Wir sind der Ansicht, daß über den organisatorischen Fragen in den letzten Jahren die dringende Reform der Studienpraxis vernachlässigt wurde. Hier wollen wir einen Schwerpunkt setzen. Die Studiengänge müssen endlich übersichtlich gestaltet werden. Studien- und Prüfungsordnungen sind zu vereinfachen und zu straffen. Unnützer Ballast ist abzuwerfen. Zu einer zeitgemäßen akademischen Ausbildung gehört ferner eine Begrenzung der Studiendauer, auch, um den Numerus clausus zu mildern.

Dem Ziel einer vernünftigen Studienreform und einer intensiveren Forschung dient unser Vorhaben, die Universitäten künftig in einen engeren Kontakt mit der Wirtschaft, mit der Verwaltung und mit anderen außeruniversitären Einrichtungen zu bringen.

11. Durch Universitäts-Neugründungen den Numerus clausus entschärfen

Eine CDU in der Regierungsverantwortung wird in den nächsten Jahren die vorhandenen Universitäten des Landes ausbauen sowie neue Studienplätze errichten.

Die neu gegründete Gesamthochschule Kassel war bisher nicht in der Lage, die übrigen hessischen Hochschulen zu entlasten, da der hessische Kultusminister seine großen Investitionsversprechungen zu einem nur geringfügigen Teil eingehalten hat.

Eine von der CDU geführte Landesregierung wird langfristig den Ausbau der Gesamthochschule Kassel auf eine Endkapazität von 12000 Studenten ermöglichen und Hochschulen in Fulda (Endkapazität 8000

Studenten) und in Frankfurt/M. II (Endkapazität 10000 Studenten) neu gründen.

Gleichzeitig müssen die vorhandenen Universitäten in Frankfurt, Darmstadt, Gießen und Marburg dem langfristigen Bedarf entsprechend erweitert werden. Als weitere Standorte für Fachhochschulbereiche sind die Städte Alsfeld, Bad Hersfeld, Bensheim, Gelnhausen, Groß-Gerau, Limburg, Offenbach, Schwalmstadt, Weilburg und Wetzlar vorgesehen.

Wie kaum an einer anderen Stelle zeigt sich bei dem enormen Finanzbedarf in der Hochschulpolitik, daß solche Reformvorhaben erst angegangen werden können, wenn Stabilität wiedergewonnen ist, denn anderenfalls wird der Staat nicht die Investitionsmittel besitzen, um neue Studienplätze zu schaffen.

Die gegenwärtigen Zulassungsbeschränkungen können z.T. auch durch folgende Maßnahmen entschärft werden:

- Rationalisierung des Hochschulbetriebes. Die CDU wird hierfür eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchführen
- Propagierung und Ausbau praxisbezogener Ausbildungen für Abiturienten.

12. Genügend Spiel- und Kindergartenplätze schaffen

Besonders in den Großstädten brauchen unsere Kinder und Jugendlichen mehr Spiel- und Bewegungsraum als bisher zur Verfügung stand. Für Kinder und Jugendliche aller Altersstufen ist die Errichtung und Unterhaltung einer ausreichenden Anzahl von privaten und öffentlichen Spielplätzen vorzusehen. Zu diesem Zwecke wird die CDU ihr Kinderspielplatzgesetz verwirklichen.

Der vorschulischen Förderung unserer Kinder kommt heute besondere Bedeutung zu. Diese Förderung muß auch regional ausgewogen sein. Leider hinkt die Region Nordhessen mit einem Versorgungsgrad an Kindergartenplätzen in Höhe von 37,2% gegenüber den übrigen Regionen, die einen Versorgungsgrad zwischen 50 und 70% aufzuweisen haben, stark hinterher. Die CDU setzt sich für einen verstärkten Abbau der Unterversorgung der Region Nordhessen mit Kindergartenplätzen ein. Gleichzeitig wird die CDU durch entsprechende Aus- und Weiterbildung von Sozialpädagogen und Kindergärtnerinnen und durch Schaffung neuer Ausbildungsplätze den Kindergarten zu einer echten Bildungsstätte ausgestalten.

In all diesen Einrichtungen muß der Erziehungswille der Eltern vordringlich berücksichtigt werden; „anti-autoritäre“ weltfremde Experimente an wehrlosen Kleinkindern sind auszuschließen.

An diesem Punkt wird – wie im gesamten Erziehungsbereich – deutlich, daß sehr genaue Planungsunterlagen im Hinblick auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung erarbeitet werden müssen. Sie sind die Voraussetzungen für eine solide Entwicklung, die nicht an den Bedürfnissen der Zukunft vorbeigeht.

B. Wirtschafts-, Struktur- und Verkehrspolitik

Mehr Lebensqualität für Hessen

Der Bestand unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, Lebensstandard und Lebensqualität hängen von einer sachkundigen und ausgewogenen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik ab.

Die CDU wird den erfolgreichen Weg der sozialen Marktwirtschaft fortsetzen. Diese garantiert wie kein anderes System für den einzelnen wirtschaftlichen Aufstieg bei größtmöglicher individueller Freiheit und sozialer Absicherung.

Eine wichtige Aufgabe des Staates ist es, für das Wirtschaftsleben einen allgemeinen Ordnungsrahmen zu setzen. Orientierung am Allgemeinwohl, an den zivilisatorischen Zukunftsaufgaben, an strukturellen Bedürfnissen, Ausgleich der Gruppeninteressen und Bemühen um Stabilität und Krisenfestigkeit sind einige Merkmale erfolgreicher Wirtschaftspolitik.

Notwendige Eingriffe des Staates müssen am Gedanken der sozialen Marktwirtschaft, nicht an der Idee des Klassenkampfes oder der Sozialisierung ausgerichtet sein, wie dies starke Kräfte auch in der hessischen SPD mehr und mehr wollen. Offen werden Investitionskontrollen, Verstaatlichung der meisten Produktionsbereiche und Bedürfnisplanung für jeden einzelnen Bürger gefordert. Diese „Alternativen“ zur sozialen Marktwirtschaft würden für den einzelnen Unfreiheit, wirtschaftlichen Rückschritt und geringeren Lebensstandard zur Folge haben.

1. Gezielte Strukturpolitik garantiert Arbeitsplätze

Die Lebensqualität der Bewohner Hessens ist nicht zuletzt von der richtigen Strukturpolitik abhängig. Diese muß Strukturnachteile für bestimmte Regionen und Gruppen beseitigen. Nur so lassen sich auf Dauer Sicherheit und Qualität der Arbeitsplätze in ganz Hessen garantieren. Die CDU tritt in diesem Zusammenhang für das Recht der Bürger auf einen Arbeitsplatz in der angestammten Heimat ein.

Als industrielles Kernland in der Mitte Deutschlands bietet Hessen im besonders günstig gelegenen Ballungsgebiet „Rhein-Main“ sehr gute Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten. Das explosionsartige Ansteigen der Bevölkerungsdichte brachte jedoch gleichzeitig eine Fülle von Umwelt-, Wohn- und Verkehrsproblemen mit sich, die das menschliche Zusammenleben zunehmend erschweren.

In den ländlichen Räumen – besonders in Nord- und Osthessen – ist dagegen die natürliche Umwelt weitgehend intakt. Es fehlen aber Arbeitsmöglichkeiten und Einrichtungen der Infrastruktur. Dadurch werden Menschen aus diesem Raum zur Abwanderung in die Ballungsgebiete gezwungen.

Inzwischen stehen weite Gebiete vor der Gefahr allmählicher Auszehrung. Die unzureichenden Infrastruktureinrichtungen wiederum erschweren die An-

siedlung der benötigten neuen Betriebe und die Zuzusiedlung von Arbeitnehmern.

Eine CDU-Landesregierung wird mit einer modernen Strukturpolitik diesen Teufelskreis durchbrechen. Wohnen und Arbeiten müssen in allen Landesteilen attraktiv gemacht werden. Ein strukturpolitisches 4-Jahres-Programm wird Maßnahmen für Nord- und Osthessen mit solchen für das Rhein-Main-Gebiet zu einem Gesamtkonzept verbinden:

– Das Rhein-Main-Programm soll im Ballungsgebiet am Menschen orientierte Strukturen schaffen. Modernste Technologie, ökologische und soziologische Erkenntnisse müssen die künftige Städte- und Raumplanung in diesem Gebiet bestimmen. Alle Einzelplanungen im Bereich des Wohnungsbaus, der industriellen Bebauung, des Verkehrs, der Naherholung, des Umweltschutzes usw. sind auf dieses wissenschaftlich abgesicherte Programm zu orientieren.

– Für Nord- und Osthessen und speziell für das Zonenrandgebiet sind landeseigene Entwicklungsprogramme zu schaffen, die die regionale Wirtschaftsförderung der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe ergänzen. Hier ist es vor allem wichtig, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen auch in Klein- und Unterzentren gefördert wird.

Strukturpolitik für Ost- und Nordhessen heißt aber auch regionale Differenzierung der Konjunkturpolitik. Konjunkturreinbrüche setzen nämlich in Nord- und Osthessen eher ein als im Rhein-Main-Gebiet. Konjunkturelle Erholungen dagegen beginnen später und sind in der Regel nicht so kräftig. So kann die Strukturpolitik bei undifferenzierter Anwendung des Stabilitätsgesetzes schwere Rückschläge erleiden.

Um solche Folgen zu verhindern, haben die CDU-regierten Länder im Bundesrat eine regionale Differenzierung der Konjunkturpolitik vorschlagen. Während eines Konjunkturaufschwunges muß die Gegensteuerung in Nord- und Osthessen abgemildert, während einer Rezession müssen die stimulierenden Kräfte verstärkt werden. Eine CDU-Landesregierung wird dafür sorgen, daß die entsprechende Gesetzesinitiative der CDU-Länder endlich durchgesetzt wird.

2. Die Finanzpolitik muß zur Stabilität beitragen

Stabilität des Geldwertes ist die wichtigste Voraussetzung für eine stabile Wirtschafts- und Sozialpolitik. Steigende Preise benachteiligen Sparer, Rentner und Bezieher fester Einkommen und schaffen dadurch zusätzliche soziale Spannungen. Steigende Rohstoffpreise und steigende Löhne treiben die Kosten der Unternehmen hoch und gefährden bei Konjunkturrückgang die Arbeitsplätze.

Länder- und Gemeindehaushalte sind aufgrund ihres hohen Personalkostenanteils von der inflationären

Entwicklung besonders betroffen. Eine Landesregierung der CDU wird daher die Interessen des Landes auch gegenüber der Bundespolitik energisch vertreten. Den Ländern steht ein stärkerer Einfluß auf die Stabilitätspolitik des Bundes zu.

Die CDU wird ein Landes-Stabilitätsgesetz vorlegen, das Land und Gemeinden bessere Anhaltspunkte für konjunkturgerechtes Verhalten bietet. Dieses Gesetz wird vorsehen, daß die mittelfristigen Finanzpläne des Landes und der Gemeinden aufeinander abgestimmt und von mehrjährigen Investitionsprogrammen begleitet werden. Auch die Gemeinden müssen im Konjunkturabschwung Eventualhaushalte aufstellen und in Koordination mit dem Land auf einen ausreichenden Planungsvorrat für Investitionsvorhaben zurückgreifen können.

Die CDU wird den kommunalen Finanzausgleich neu ordnen und dafür sorgen, daß die den Gemeinden zufließenden Mittel von ihnen in eigener Verantwortung ausgegeben werden können. Hierzu muß ein Finanzstatus zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erstellt werden, damit die Finanzen aufgabengerecht verteilt werden können.

3. Die öffentlichen Personalausgaben begrenzen

In der öffentlichen Verwaltung Hessens ist die Zahl der Stellen seit 1961 über 90% angewachsen. Dadurch werden heute 43% der Haushaltsmittel des Landes Hessen für Personalausgaben verwendet. Das bedeutet, daß der Steuerzahler heute mehr als das Vierfache als 1961 an Personalkosten finanzieren muß. Allein von 1970–1974 stiegen die Personalkosten um 87%. Die Leistungen der öffentlichen Verwaltung sind dagegen in dieser Zeit weit hinter der Ausdehnung der Personalausgaben zurückgeblieben.

Eine CDU-Landesregierung wird mit dieser ständigen Stellenausweitung Schluß machen. Sie wird auch keine weiteren Arbeitszeitverkürzungen vornehmen. Vielmehr muß die vorgefundene Personalstruktur des öffentlichen Dienstes gestrafft und rationalisiert werden. Notfalls ist ein Einstellungsstopp zu verfügen, um eine weitere Stellenexplosion zu vermeiden. Der öffentliche Dienst darf in Zukunft auch nicht mehr dafür verwandt werden, politischen Freunden und Sympathisanten feste und sichere Posten zu verschaffen, wie dies unter der Herrschaft der SPD eingerissen ist. Wenn nicht die Qualifikation, sondern das Parteibuch für die Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst maßgebend ist, wird die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung gemindert. Die CDU wird die Leistung zum Maßstab beruflichen Fortkommens im öffentlichen Dienst machen.

4. Die Energieversorgung Hessens unabhängiger machen

In unserer hochtechnisierten Industriegesellschaft hängt das Tempo des wirtschaftlichen Aufstieges und damit die Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensqualität wesentlich von einer ausreichenden, sicheren und preisgünstigen Versorgung mit Energie ab. Energiepolitik in und für Hessen heißt in erster Linie: Sichere Versorgung in allen Landesteilen, Preiswürdigkeit und geringstmögliche Umweltbeein-

trächtigung. Gute Energiepolitik leistet gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstruktur.

Obwohl der Verbrauch an Energie in Hessen im Verhältnis zum übrigen Bundesgebiet überdurchschnittlich anwächst, ist Hessen auf fast allen Gebieten erheblich unterversorgt: Nur 57% des verbrauchten Stroms wird im Land erzeugt. Nur 36% des hessischen Mineralölverbrauchs wird durch die einzige im Lande liegende Raffinerie gedeckt, die einen Anteil von nur 3,6% an der Gesamtraffineriekapazität der Bundesrepublik hat. Die verbrauchte Gasmenge wird fast vollständig aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland geliefert. Die strukturschwachen Gebiete Hessens sind bei Gas nur teilweise und bei Mineralöl überhaupt nicht an das Leitungsnetz angeschlossen.

Eine Landesregierung der CDU wird unverzüglich eine Standortkarte für Kraftwerke und Kernkraftwerke vorlegen, bei der vor allem auch der Nachholbedarf der strukturschwachen Gebiete berücksichtigt wird. Sie wird den Bau der benötigten Projekte vorantreiben. Beim Bau und Betrieb der Kraftwerke sind neueste Umwelttechniken anzuwenden, um die Gesundheit der Bürger zu schützen. Die CDU wird alle Maßnahmen fördern, die die regionale und örtliche Stromverteilung durch Verbesserung der Netzstrukturen rationalisiert. Zukünftige Stromleitungen müssen mehr Rücksicht auf das Landschaftsbild nehmen.

Die CDU begrüßt die durch kommunale Eigeninitiative und ohne nennenswerte Hilfe des Landes errichtete Ferngasleitung in Osthessen. Sie wird ihren Ausbau und vor allem auch den Anschluß der nordhessischen Kreise vorrangig fördern. Sie wird sich darüber hinaus verstärkt um Gaslieferungen aus dem Ausland bemühen und dabei das Risiko eines Lieferstopps aus politischen Motiven durch eine entsprechende Auswahl der Lieferländer breit streuen.

Auf dem Mineralölsektor ist die einseitige Abhängigkeit Hessens besonders deutlich. Die Raffinerie in Raunheim muß auch an die bis Mannheim reichende Pipeline aus Marseille angeschlossen werden. Bisher wird sie nur aus Rotterdam beliefert. Außerdem sind weitere Raffinerien in Hessen, insbesondere im nordhessischen Raum, unentbehrlich. Wenn eine solche Raffinerie in Nordhessen errichtet wird, darf sie nicht vorrangig auf sowjetisches Erdöl angewiesen sein, sondern muß auch an die Pipeline Bremen–Ruhrgebiet angeschlossen werden. Energiebezüge aus Ostblockländern können höchstens Ergänzungsmaßnahmen sein.

5. Fortschrittliches Verkehrskonzept verwirklichen

Die CDU will Hessen besser als bisher an das europäische Verkehrsnetz anschließen. Das bedeutet vor allem verstärkten Ausbau der Ost-West-Verbindungen. Dies gilt für Straße und Schiene. Daher wird sich die CDU besonders für den Ausbau der Strecken mit übergeordneter Bedeutung wie z.B. der A80 als Teilstück der Verbindung Ruhr-Gebiet, Rhein-Main-Gebiet, Ost-Hessen einsetzen. Gleiches gilt für die Verbindungen von Koblenz über Gießen nach Fulda und für den Anschluß Kassels an das Ruhrgebiet.

Bei den Eisenbahnstrecken wird sich die CDU ebenfalls für die Verbesserung der Ost-West-Verbindungen, insbesondere für den Anschluß Kassels an das Ruhrgebiet, einsetzen. Kassel darf nicht durch Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn – wie z.B. die Auflösung der Direktion – weiter geschwächt werden. Daher ist die volle Einbeziehung Kassels in das Inter-city-A-Netz besonders wichtig. Ebenso muß die neue Ergänzungsstrecke Kassel – Fulda – Gemünden gleichwertig an das Rhein-Main-Gebiet angebunden werden, denn Frankfurt ist für Kassel wichtiger als München.

Für die Entwicklung des flachen Landes ist der Anschluß an die Ballungsgebiete ebenso wichtig wie die Verkehrsverbindungen von den kleineren Orten zu den Schwerpunkten. Eine Landesregierung der CDU wird dafür sorgen, daß bei allen Verkehrsvorhaben in diesen Gebieten das Erschließungsprinzip gegenüber dem Bedarfsprinzip stärker berücksichtigt wird. Sie wendet sich energisch gegen die Stilllegung von Nebenstrecken der Deutschen Bundesbahn, wie z.B. von Treysa nach Malsfeld. Sie fordert die Deutsche Bundesbahn auf, stattdessen die Bedienung dieser Strecken zu verbessern, um mehr Pendler zum Wechsel von der Straße auf die Schiene zu veranlassen.

Die CDU unterstützt die Durchsetzung moderner Technologien im Verkehr:

- Im Straßenverkehr muß die Industrie dazu angehalten werden, geräusch- und abgasarme Antriebsaggregate in die Serienfertigung zu geben.
- Elektrizität und Gas können Ölkraftstoffe teilweise ersetzen.
- In den Großstädten kommt es darauf an, neue Verkehrssysteme zu erproben, die die Vorteile des individuellen Verkehrs mit dem des Massenverkehrs verbinden (Stadt- Automobil usw.).

Darüber hinaus treten wir im Raum Frankfurt/Wiesbaden/Mainz/Aschaffenburg für die Anlage eines großzügigen S-Bahn-Systems ein. Es ist erforderlich, an dieses System die Naherholungsgebiete Taunus, Vogelsberg, Rhön, Spessart und Odenwald anzuschließen. Diese S-Bahn muß, was Schnelligkeit, Zugfolge und Komfort anbelangt, als echte Alternative zum Auto angeboten werden. Nur dann werden mehr Bürger als bisher bereit sein, den Weg zur Arbeit oder zur Erholung in Massenverkehrsmitteln zurückzulegen.

Daneben müssen die Landes- und Kreisstraßen so ausgebaut werden, daß von jeder Gemeinde in Hessen eine Autobahn oder eine andere mehrspurige kreuzungsfreie Verkehrsstraße in einer Fahrtzeit von höchstens 30 Minuten erreicht werden kann. Dazu gehören auch wichtige Brückenverbindungen wie die längst überfällige Brücke bei Geisenheim über den Rhein, deren lokale und überregionale Bedeutung die CDU besonders unterstützt.

Das regionale Luftverkehrsnetz in Hessen muß wesentlich verbessert werden. Dies beginnt bei einer ausreichenden Zahl von Luftlandeplätzen in der Nähe von Industriestandorten besonders in den strukturschwachen Räumen und endet beim Ausbau des Rhein-Main-Flughafens. Die CDU bejaht hier die An-

lage einer dritten Start- und Landebahn. Sie wird aber gleichzeitig dafür sorgen, daß allen berechtigten Schutzansprüchen in diesem Zusammenhang Rechnung getragen wird.

Für Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrsbereich ist besonders viel Geld notwendig. Es wird nur vorhanden sein, wenn wirtschaftliche Stabilität gewährleistet ist. Deshalb weiß die CDU, daß ein bedarfsgerechtes Verkehrsprogramm eine Langzeitaufgabe ist, deren Erfüllung nicht für eine Legislaturperiode versprochen werden kann.

6. Im Wohnungsbau die Weichen neu stellen

Gutes und schönes Wohnen trägt wesentlich zum täglichen Wohlbefinden eines jeden Menschen bei. Der Staat hat die Aufgabe, diesem Bedürfnis nach Kräften Rechnung zu tragen. Leider wurden von der hessischen Landesregierung wie auch von der Bundesregierung in den letzten Jahren die Weichen nicht so gestellt, wie dies im Interesse eines wirklich sozialen Wohnungsbaues notwendig gewesen wäre.

Die CDU Hessen schlägt vor:

- Mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau. In Zukunft sollen in geringerem Umfang als bisher die Bauvorhaben selbst, in größerem Umfang direkt die zuschußberechtigten Familien gefördert werden.
- Vermeidung von Fehl- und Unterbelegungen im sozialen Wohnungsbau. Hierzu ist eine bessere Verwaltung notwendig. Auf Bundesebene muß beschleunigt eine Regelung getroffen werden, die die Belegung von Sozialwohnungen gerechter macht.
- Verkauf öffentlicher Sozialwohnungen an kapital-schwache, kinderreiche und junge Familien durch monatliche Ratenzahlungen. Dieser Plan schafft Wohnungseigentum für breite Bevölkerungskreise und bringt der öffentlichen Hand zusätzliche Mittel für den Bau weiterer Sozialwohnungen.
- Bei der Bewerbung von jungen Familien um eine Sozialwohnung sollte in den ersten 3–5 Jahren nur ein Einkommen angerechnet werden, damit die jungen Familien diese besondere Phase der finanziellen Belastbarkeit leichter überbrücken können.
- Jungen Ehepaaren sind zur Gründung des Hausstandes billige Darlehen zu gewähren. Je nach späterer Kinderzahl kann die Rückzahlung teilweise oder ganz erlassen werden.
- Größere Kontrollmöglichkeiten der Mieter gegenüber den großen Wohnungsbaugesellschaften. Die Gemeinden müssen mehr als bisher auf ausreichende soziale Einrichtungen drängen, den Mietern sind von der Gesellschaft Mitsprache- und Kontrollrechte auf allen Ebenen einzuräumen.
- Beschleunigte Sanierung von Altbauwohnungen sowie älterer Stadt- und Gemeindeteile. Dabei wird die CDU darauf achten, daß das Grundeigentum möglichst breit gestreut bleibt.
- Ausnutzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse über gesundes und soziales Wohnen und Bauen. Die

moderne Bautechnik muß dafür sorgen, daß die Menschen wieder mehr „Nachbarn“ zueinander sein können.

7. Eine Konzeption für die Ausländerbeschäftigung entwickeln

Der ungehinderte Zustrom ausländischer Arbeiter in die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren zu erheblichen sozialen Spannungen geführt. Eine zufriedenstellende Integration der Gastarbeiter wird zwar in vielen Fällen, aber bei weitem nicht in allen möglich sein. Die Bundesrepublik unterscheidet sich kulturell, zivilisatorisch und politisch in starkem Maße von den meisten Herkunftsländern. Von den bisherigen Erfahrungen ausgehend ist abzusehen, daß die Masse der Gastarbeiter, die nicht aus dem EG-Raum kommen, größten Schwierigkeiten bei der Eingliederung ausgesetzt sind. Dies führt zu sozialen Konflikten, die für beide Teile unangenehm sind. Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter darf nicht dazu führen,

– daß die Bevölkerungsdichte im hessischen Ballungsgebiet über das Erträgliche hinaus anwächst

– daß die Gastarbeiter, besonders ihre Kinder, dem heimatlichen Kulturbereich entfremdet werden, ohne daß sie in unserem heimisch werden

– daß im Ballungsgebiet eine soziale Unterschicht entsteht, die kulturell und zivilisatorisch von der übrigen Bevölkerung abgesondert lebt

– daß unsere Industrie zunehmend auf Gastarbeiter zurückgreift, anstatt Automatisierung und Rationalisierung voranzutreiben

– daß den Entwicklungsländern ausgerechnet die Schicht durch Auswanderung verlorengelht, die auf Grund ihrer bei uns gewonnenen Arbeitserfahrung wirtschaftlichen Aufschwung bringen könnte.

Die CDU geht zwar davon aus, daß die Mitarbeit von Ausländern bei uns auch in Zukunft notwendig sein wird. Sie begrüßt aber Maßnahmen, die den Zustrom der Gastarbeiter abschwächen und steuern. Folgendes sollte angestrebt werden:

– der Anteil ausländischer Beschäftigter darf in den einzelnen Städten und Regionen einen gewissen Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung nicht überschreiten

– die Bundesrepublik und die Heimatländer der Gastarbeiter müssen Bestimmungen und Anreize dafür schaffen, daß der größte Teil der Gastarbeiter nach einigen Jahren wieder in ihre Heimatländer zurückkehrt

– während ihres Aufenthaltes bei uns müssen die Gastarbeiter besser als bisher sozial betreut werden. Sie müssen sich wirklich als „Gäste“ fühlen können. Dies gilt besonders für die Wohnverhältnisse

– Kinder der Gastarbeiter müssen auch in der Schule zweisprachig erzogen werden, damit sie in ihren Heimatländern nach Rückkehr der Eltern sofort den kulturellen Anschluß finden. Zu diesem Zweck ist mit den Kultusministerien der Heimatländer ein entsprechendes Lehrangebot zu vereinbaren.

– Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß mit Mitteln der Entwicklungshilfe verstärkt Investitionen in den Herkunftsländern der Gastarbeiter gefördert werden, um ihnen Arbeitsplätze in der Heimat zu schaffen. Aus diesem Grunde unterstützt die CDU auch nachdrücklich den Gedanken eines europäischen Regionalfonds. Nur durch eine Verringerung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts in Europa können langfristig soziale Spannungen vermieden werden.

8. Die Bedeutung der Landwirtschaft erkennen

Die Lage der Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch zunehmenden Inflations- und Kostendruck, durch eine unbefriedigende Preispolitik in der Europäischen Gemeinschaft, durch den nahezu unveränderten Einkommensrückstand im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen sowie durch die Chancenungleichheit des ländlichen Raums gegenüber den Ballungsgebieten. Die CDU betrachtet daher die landwirtschaftliche Preis- und Marktpolitik unverändert als den entscheidenden Schwerpunkt der Agrarpolitik. Sie wird sich dafür einsetzen, daß bei der Festsetzung der Agrarpreise die allgemeine Inflationsrate, die landwirtschaftliche Kostensituation und der Anstieg der Produktivität gleichermaßen berücksichtigt werden.

Ziele der Agrarstrukturpolitik der CDU sind neben der Verbesserung der Einkommenssituation die Bewahrung eines breit gestreuten Bodeneigentums, die Erhaltung der Kulturlandschaft sowie in Verbindung mit der Regionalpolitik die Weiterentwicklung des ländlichen Raums als lebendiger Wirtschafts-, Wohn- und Erholungsraum.

Nicht die Konkurrenz, sondern die Partnerschaft der Vollerwerbs-, der Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe bestimmt die strukturpolitischen Zielsetzungen der CDU. Für jede dieser Betriebsformen müssen gezielte Förderungsmöglichkeiten angeboten werden:

– Erhaltung und Entwicklung einer hinreichenden Zahl leistungsfähiger Vollerwerbsbetriebe durch ein flexibles, regional-differenziertes und auch die Ausbildung des Landwirtes berücksichtigendes einzelbetriebliches Förderungsprogramm.

– Gezielte Förderung der Grünlandbetriebe, wie im EG-Bergbauernprogramm vorgesehen. Bei weiterer Verzögerung wird sich die CDU dafür einsetzen, daß dieses Bergbauernprogramm auf nationaler Ebene in Gang kommt.

– Die CDU hält es für besonders wichtig, daß die Weiterführung landwirtschaftlicher Betriebe im Neben- oder Zuerwerb besonders gefördert wird. Sie wird daher in einem hessischen Agrarprogramm gezielte Beihilfen für den Übergang zu arbeitserleichternden Betriebsorganisationen sowie Zuschüsse zum Aufbau und Anschluß an Maschinenringe, Erzeugergemeinschaften, Betriebshelfer- und Dorfhelferrinnen vorsehen. Neben- und Zuerwerbsbetriebe spielen eine bedeutende Rolle im Bemühen, das um sich greifende Brachliegen weiter Landschaftsteile einzudämmen.

– Die Neben- und Zuerwerbstätigkeit ist ferner durch die Schaffung wohnortnaher und qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze sowie durch eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen im ländlichen Raum zu erleich-

tern. Die CDU wird im Rahmen ihrer regionalen Strukturpolitik diesem Problem besondere Aufmerksamkeit schenken.

– Im Rahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung für Landwirte müssen an der landwirtschaftlichen Berufsschule gleichzeitig Ausbildungsgänge in anderen Berufen angeboten werden, um junge Landwirte auch auf eine spätere Tätigkeit als Nebenerwerbslandwirt vorzubereiten und diesen Doppelberuf anspruchsvoller und attraktiver zu machen.

– Auch im Interesse der Landwirtschaft liegt die Praktizierung des von der hessischen CDU wesentlich beeinflussten Landschaftspflegegesetzes. Die CDU wird dafür sorgen, daß der nach ihren Vorschlägen in diesem Gesetz vorgesehene Einkommensausgleich für die Landwirte, die ihren an sich unrentablen Betrieb im Interesse der Landschaftspflege – und damit der Allgemeinheit – weiterbewirtschaften, endlich gezahlt wird.

Agrarpolitik heißt für die CDU auch, gesunde und qualitativ hochwertige Ernährung zu fördern und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung in unserem Land und in der Europäischen Gemeinschaft zu sichern. Die CDU bejaht den gemeinsamen Agrarmarkt. Sie hält es aber für unbedingt erforderlich, daß die hierfür von unserer Landwirtschaft erbrachten Vorleistungen nicht umsonst waren, sondern durch intensivere Bemühungen um ein gemeinsames Europa baldmöglichst gerechtfertigt werden.

9. Die mittelständische Wirtschaft fördern

Ohne mittelständische Unternehmen wäre die soziale Marktwirtschaft gefährdet. Mittelständische Unternehmen beleben den Wettbewerb, da sie in stärkerem Maße als viele Großunternehmen zu Einfallreichtum und Wendigkeit gezwungen sind. Durch die Vielzahl von Wahlmöglichkeiten, die sie hinsichtlich Qualität,

Service und anderer Leistungen ihren Abnehmern bieten, erweitern sie deren Freiheitsspielraum.

Der mittelständischen Wirtschaft in Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie ist jede Unterstützung zu gewähren, die geeignet ist, ihre Startposition denen der Großunternehmen anzugleichen und gleiche Chancen herzustellen.

Eine CDU-Landesregierung wird ein Mittelstandsförderungsgesetz mit folgenden Zielen vorlegen:

– eine wesentliche Verbesserung der Kapitalbeschaffung für die Gründung selbständiger Existenzen, für den Eintritt in neue Märkte, für die Vergrößerung der Betriebe, für die Einführung neuer Produkte und neuer Verfahren und für die Erschließung neuer Absatzmärkte.

– Förderung jeder Art von Zusammenarbeit der mittelständischen Unternehmen, die den Wettbewerb nicht beeinträchtigt: gemeinsame Forschungsprojekte, gemeinsame Rationalisierungsvorhaben (Datenverarbeitung), gemeinsame Übernahme von Großaufträgen.

– Bevorzugung der mittelständischen Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, wenn diese gleiche Leistungen erbringen.

Die CDU ist sich der Bedeutung der mittelständischen Unternehmen für das Wirtschaftsleben und für die Steuerkraft der Kommunen bewußt. Sie wird dafür sorgen, daß bei Neuansiedlungen, Konzessionsvergaben, Grundstücksverkäufen u. ä. große Unternehmen nicht bevorzugt werden, zumal die Steuerkraft vieler kleinerer und mittlerer Betriebe der eines Großunternehmens gleichzusetzen ist.

Die CDU wünscht den Fortbestand von Ausbildungsplätzen für eine qualifizierte Berufsausbildung in mittelständischen Unternehmen.

C. Mensch, Arbeit und Gemeinschaft

Soziale Verpflichtung

Jede Gemeinschaft hat einen sozialen Auftrag. Für die CDU steht an der Spitze der Ziele sozialer Ausgleich und soziale Hilfeleistung.

Die CDU weiß aber auch, daß der Ausbau der sozialen Dienste keine Tagesaufgabe ist und daß die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des Einzelnen nicht durch unvernünftige Forderungen überzogen werden darf. Deshalb macht die CDU der hessischen Bevölkerung kein „rosarotes Paradies“ vor, sondern erklärt, daß sozialer Fortschritt ohne Stabilität in der Wirtschaft unerreichbar ist. Nur stabile Preise ermöglichen ausreichende staatliche und private Leistungen im sozialen Sektor. Sonst frißt die Inflation den sozialen Fortschritt.

1. Interessen der Arbeitnehmer durchsetzen

Soziale Marktwirtschaft heißt auch, wirtschaftlich Schwächere vor Stärkeren in Schutz nehmen, einzelne Gruppen und Organisationen nicht übermächtig werden lassen. Soziale Marktwirtschaft bedeutet daher auch, den Arbeitnehmern rechtlich, verdienstmäßig und sozial ein immer höheres Niveau zu bieten. Dieses Ziel vor Augen hat die CDU in den letzten 25 Jahren den Arbeitnehmern einen beispielhaften Aufstieg ermöglicht. Auf Landesebene gilt unsere Arbeit folgenden besonderen Problemen:

- Schaffung eines möglichst breit gestreuten Angebots an qualitativ hochwertigen, zukunftsorientierten Arbeitsplätzen in allen Landesteilen,
- Verbesserung der beruflichen Sicherheit der Arbeitnehmer durch den Ausbau der überbetrieblichen Fortbildung, Schaffung von Berufsbildungszentren, Einführung des Bildungsurlaubs nach Wiederherstellung der Stabilität,
- Förderung der beruflichen Umschulung innerhalb eines neu zu entwickelnden Berufsförderungsprogramms,
- Verbesserung der werksärztlichen Versorgung. Bisher ist der Ärztebedarf hier erst zu 10 Prozent gedeckt. Die CDU wird die Einrichtung überbetrieblicher stationärer oder mobiler Werksarztstationen oder Werksarztzentren fördern.
- Moderner Arbeitsschutz, um die gesundheitliche Gefährdung und Belastung des Arbeitnehmers so gering wie möglich zu halten;
- die Interessenvertretung älterer Arbeitnehmer im Sinne einer höheren Bewertung ihrer Arbeitskraft,
- schnelleren Rechtsschutz vor Arbeits- und Sozialgerichten.

2. Die Gleichstellung der Frau in Gesellschaft und Beruf vorantreiben

Die Gleichstellung der Frau im Arbeitsleben ist seit langem rechtlich, aber noch nicht tatsächlich erreicht. Die erwerbstätige Frau muß die gleichen Chancen haben wie der Mann. Das betrifft Ausbildung, Aufstiegschancen und Bezahlung. Neben der Abstellung aktueller Mißstände (z. B. Leichtlohngruppen) wird die CDU sich darum bemühen, den Prozeß der beruflichen Gleichberechtigung der Frau zu beschleunigen.

Die CDU wird dafür sorgen, daß Wirtschaft und Öffentliche Hand für die Frau mehr als bisher planmäßig langfristige Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen. Attraktive Zukunftschancen sind bei sorgfältiger Abstimmung und gutem Willen aller Beteiligten auch bei zeitweiser oder ständiger Teilzeitarbeit möglich.

Die CDU fordert im einzelnen:

- In der Erziehung, Bildung und Ausbildung darf nicht nach Geschlechtern unterschieden werden, sondern nach der individuellen Eignung und Veranlagung.
- Die Information – auch der Eltern – über die Wahlmöglichkeiten und die Notwendigkeit einer guten Schul- und Berufsausbildung der weiblichen Jugend muß verbessert werden.
- Es müssen verstärkt Lehrberufe für weibliche Arbeitnehmer geschaffen werden.
- In überbetrieblichen Lehrwerkstätten müssen von Anfang an Lehrberufe für Mädchen berücksichtigt werden.

- Von einer bestimmten Anzahl von weiblichen Arbeitskräften an sollen die Firmen verpflichtet werden, Kinderhorte und Kindergärten zu errichten.
- Die Möglichkeit, die Tätigkeit einer „Tagesmutter“ als Beruf auszuüben, ist zu eröffnen.

Die CDU wird sich für einen Bildungsurlaub auch für Hausfrauen einsetzen. Sie hält die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter für ebenso förderungswert, wie den Einsatz der Frau im allgemeinen Berufsleben. Die Aufgabe der Hausfrau und Mutter ist insbesondere gegenüber unseren Kindern von unschätzbare Bedeutung.

Eine CDU-Landesregierung wird folgende bundespolitische Maßnahmen unterstützen:

- „Hausfrau“ muß als vollwertiger Beruf anerkannt werden.
- Eine umgehende Reform des Familienlastenausgleiches, die das Nebeneinander von Kindergeld, Kinderzulagen und Kinderfreibeträgen durch ein einheitliches System ersetzt,
- Familiengründungsdarlehen für junge Familien,
- anrechenbare Ausfallzeiten bei der Kindererziehung,
- Hilfen für die unvollständige Familie (z. B. Sonderfreibeträge, Einstufung lediger oder geschiedener Elternteile in Steuerklasse III).

3. Der Jugend bessere Chancen geben

Die CDU sieht in der Jugend ihren wichtigsten Partner bei der Gestaltung der Gemeinschaft von morgen. Was wir heute nicht an sozialem Engagement für unsere Jugend aufbringen, werden wir morgen büßen müssen. Das gilt für den Jugendarbeitsschutz ebenso wie für die Berufsbildungspolitik, für die Jugendhilfe in gleicher Weise wie für die Jugendgesundheitspflege.

Die CDU ist der Ansicht, daß es gilt, die Anforderungen der Arbeit und der Arbeitsumwelt der Leistungsfähigkeit des Jugendlichen anzupassen. Die CDU fordert eine Verstärkung der Gewerbeaufsicht besonders in Klein- und Mittelbetrieben und in ganz Hessen entsprechende Information für Eltern und Jugendliche.

Rascher gesellschaftlicher Wandel, zunehmender Wohnungs- und Schulwechsel, Einschränkung des Bewegungsraumes insbesondere in den Städten sowie eine Fülle schädlicher Umwelt- und Milieueinflüsse erschweren heute die Erziehung. Viele Eltern sind deshalb bei der Erfüllung ihrer Erziehungsaufgabe verunsichert. Hier kann nur langfristig Abhilfe geschaffen werden. Eine CDU-Landesregierung wird ein Programm erstellen, das u. a. umfassen muß:

- Eine ausreichende Zahl an Jugendausbildungs- und Jugendfreizeitstätten,
- gezielte Hilfestellungen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendhilfe,

– eine Reform der Heimerziehung, die heilpädagogisch ausgerichtete Heime für Kinder und Jugendliche schafft, damit wir von den reinen Bewahrheimen wegkommen,

– mehr Einrichtungen zur Beratung und Behandlung von Rauschgift- und Drogenkranken,

– Erziehungsberatungsstellen, Jugend- und Familienberatungsstellen in ganz Hessen, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Gebieten,

– Beratungsstellen für werdende Mütter und Mütter mit Kleinkindern.

4. Behinderte in die Gesellschaft eingliedern

Den körperlich, geistig und seelisch behinderten Bürgern unseres Landes gehört unsere besondere Fürsorge und Hilfe. Diese Menschen müssen mit medizinischen, schulischen und sozialen, aber auch mit beruflichen Maßnahmen unterstützt werden. Das Zusammenwirken dieser verschiedensten Unterstützungsmethoden soll Beeinträchtigungen weitgehend ausgleichen, Selbständigkeit und körperliches Leistungsvermögen fördern und den Behinderten die Eingliederung in Gesellschaft und Beruf ermöglichen.

Folgende Maßnahmen sind für Behinderte notwendig:

– Früherkennung und Frühbehandlung von behinderten Säuglingen und Kleinkindern,

– vorschulische Erziehung in Kindergärten sowie Erziehung und Ausbildung in Sonderschulen,

– behindertengerechte Berufsausbildung Jugendlicher bzw. Umschulung Erwachsener,

– ein Netz von Werkstätten für Behinderte (Tagesstätten),

– Pflege und Betreuung von Schwerbehinderten,

– geeignete Wohnungen, Wohnheime und Erholungsheime.

Zur Koordinierung aller Maßnahmen fordert die hessische CDU einen Landesausschuß für das Rehabili-

tationswesen sowie die Erstellung eines Landesbehindertenplanes für Hessen.

5. Im Alter helfen

Alten Menschen das Leben leichter zu machen, gehört zu den vornehmsten Aufgaben der Landespolitik. Die Altenhilfe im herkömmlichen Sinne muß jedoch verändert werden. Die CDU will, daß ältere Menschen nicht in gesellschaftliche Isolation geraten, daß sie ihr Leben sozial gesichert, unabhängig und nach eigenen Wünschen gestalten können. Der selbständige Lebensbereich ist möglichst zu erhalten.

Die CDU wird besonders Altenwohnungen und Altenwohnheime als Alternativen zum herkömmlichen Altersheim einrichten. Zu diesem Programm „natürliche Umwelt“, das eigene Lebens- und Haushaltsführung in der vertrauten Umgebung lange erhalten soll, gehören auch der Bau von Tagesstätten, Erholungsheimen, Altenbetreuungscentren und Altenclubs. Beratungs-, Besucher- und Mahlzeitdienste wie ambulante medizinische Altershilfe ergänzen diese Maßnahmen.

Eine Landesregierung der CDU wird bis 1978 in einem Dringlichkeitsprogramm 10000 Plätze in Altenheimen, Altenwohnheimen und Altenwohnungen sowie 7000 Plätze in Altenpflegeheimen errichten. Die Arbeit freigemeinnütziger Träger der Altenhilfe wird dabei tatkräftig unterstützt. Hier setzt die hessische CDU auch in finanzpolitischer Hinsicht eine deutliche Priorität.

Ferner wird die CDU die wissenschaftliche Erforschung des Alterns (Gerontologie) und der Alterskrankheiten (Geriatric) an unseren Hochschulen vorantreiben. Sie wird ein umfassendes und regional abgestuftes Netz von Tagesheimkliniken für Alterskrankheiten aufbauen.

Die Arbeitgeber unseres Landes müssen dazu angehalten werden, den älteren Menschen mehr als bisher als vollwertige Arbeitskraft anzuerkennen. Im sozialen Dienstleistungsbereich, z.B. in der leichten Kranken- und Schwerbeschädigtenhilfe, in der Gefangenfürsorge usw., müssen ältere Menschen mehr als bisher freiwilligen, aber entlohnten Beschäftigungsmöglichkeiten nachgehen können.

D. Recht, Sicherheit und öffentliche Verwaltung

Den inneren Frieden schützen

Es ist Aufgabe des Staates, öffentliche Sicherheit und inneren Frieden zu gewährleisten. Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen hängen von diesem Schutz des Staates ab. Daher fordert jeder Bürger mit Recht, daß die politisch Verantwortlichen diese Pflicht des Staates auch ernst nehmen. Umgekehrt kann der Staat seine Aufgaben nur dann wahrnehmen, wenn Justiz und Polizei das Vertrauen der Bürger genießen.

Leider sind öffentliche Sicherheit und innerer Frieden heute keine Selbstverständlichkeiten mehr. In der Verantwortung stehende Politiker der SPD drücken sich nur allzu gerne vor dieser Aufgabe. Nachlässigkeit, absichtlich lasche Haltung, irregeleitetes Verständnis für Gesetzesbrecher und auch Gesetzesänderungen, die der Polizei das rasche und wirkungsvolle Eingreifen erschweren, sind Kennzeichen dieser Entwicklung. Eine Regierung der CDU wird hier eine

andere Haltung einnehmen. Wir wissen, daß Lebensqualität und bessere Lebensbedingungen entscheidend auch von innerer Sicherheit abhängen.

Wenn die Bedrohung des demokratischen Rechtsstaats es erfordert, wird die CDU radikale politische Gruppen verbieten. Nur ein wehrhafter Staat kann persönliches Engagement seiner Bürger für das allgemeine Wohl und Anerkennung seiner Führungsfunktionen erwarten.

1. Anwachsende Kriminalität bekämpfen

In den vergangenen 10 Jahren hat die Zahl der Straftaten in Hessen um 65% zugenommen und einen beängstigend hohen Stand erreicht. Auch im Jahre 1973 stieg die Zahl der schweren Delikte im Vergleich zum Vorjahr weiter an (z.B. bei Totschlag um 35%, bei Notzucht um 12,5% und bei Rauschgiftdelikten um 12,4%). Der minimale Rückgang aller erfaßten Delikte um 0,6% zeigt lediglich, daß die Bevölkerung bei kleineren Diebstählen usw. wegen der geringen Aufklärungschancen immer mehr auf die Meldung bei der Polizei verzichtet. Dadurch steigt die „Dunkelziffer“ ständig.

Eine Landesregierung der CDU wird das Verbrechen zweigleisig bekämpfen. Soziale Vorbeugemaßnahmen auf der einen Seite und auf der anderen Seite hartes Vorgehen gegen die Gewaltkriminalität müssen sich gegenseitig ergänzen.

Im gesellschaftspolitischen Bereich arbeiten wir darauf hin,

– daß in der öffentlichen Meinung die Achtung vor der Unverletzlichkeit und den Persönlichkeitsrechten der Mitbürger gefördert wird. Gesetzesbruch und Verherrlichung von Gewalt dürfen nicht entschuldigt oder relativiert werden.

Vor allem die Massenmedien, die Schulen und Hochschulen, die Kirchen und die Verbände sind hier zur Mithilfe aufgerufen

– daß das Ansehen der Justiz und der Polizei keinen Schaden leidet. Bessere personelle, finanzielle und materielle Ausstattung werden hierzu beitragen. Ebenso aber ist es notwendig, bürokratische Behinderungen der Arbeit dieser Staatsorgane abzubauen. Ferner müssen Richter und Polizei vor böswilligen Verleumdungs- und Terroraktionen durch politische Gruppen wirkungsvoller als bisher geschützt werden. Dazu ist vor allem die notwendige Rückendeckung durch die verantwortlichen Politiker erforderlich

– daß durch gezielte soziale Hilfestellungen für gefährdete Familien und Jugendliche Straftaten im Ansatz verhindert werden. Wie wichtig Jugendarbeit auf diesem Gebiet ist, zeigt der hohe Anteil der Minderjährigen bei Straftaten (z.B. bei Diebstahl 44%, bei Rauschgiftdelikten 49%)

– daß im Strafvollzug die Resozialisierung gezielt vorangetrieben wird. Die Maßnahmen dürfen nicht auf Besserungswillige und Unverbesserliche gleichermaßen verteilt werden. Besserungswillige müssen frühzeitig gefördert werden. Erfolge bei der Resozialisierung sollen dann zu verstärkter Förderung führen

– daß Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben gesetzlich entschädigt werden.

Im Bereich der direkten Bekämpfung der Kriminalität wird sich die hessische CDU besonders dafür einsetzen:

– daß die Strafanrohungen bei Verstößen gegen die körperliche Unversehrtheit und Freiheit des Bürgers verschärft werden

– daß die Bürger wirksamer vor politischer Kriminalität (unerlaubte und gewalttätige Demonstrationen, Sprengstoffanschläge, physischer oder psychischer Terror gegen Einzelpersonen oder Gruppen) geschützt werden. Hier muß vor allem der Grundsatz „Wehret den Anfängen!“ beachtet werden. Die Landesregierung mußte jetzt dem jahrelangen Mahnen der Opposition rechtgeben, daß gewalttätige Organisationen dann immer stärker und schlagkräftiger werden, wenn man sie unter dem Schutz einer falsch verstandenen Liberalität ungeschoren läßt. Besonders die Verhältnisse in Frankfurt bedürfen der schnellen Änderung. Hierzu gehört auch ein wirksames Ordnungsrecht für die Hochschulen

– daß Rauschgifthändler wirksam daran gehindert werden, das Leben junger Menschen zu ruinieren

– daß straffällig gewordene Ausländer in strenger Anwendung der bestehenden Gesetze des Landes verwiesen werden (in Hessen stieg die Ausländerkriminalität allein von 1972 auf 1973 um 14% auf über 1400 Straftaten). Ausländischen radikalen Gruppen darf politische Aktivität nicht gestattet werden.

Zur wirksamen Bekämpfung der Gewaltkriminalität in Ballungsgebieten schlägt die CDU weiter die Einrichtung von Polizeikontaktrevieren vor. Die Aufgabe dieser Stellen besteht in der weitgehend selbständigen Überwachung der näheren Umgebung dieses Revieres durch polizeiliche Fußstreifen. Dadurch ist gewährleistet, daß die eingesetzten Beamten eine gute Milieukennntnis erhalten. Ferner wird das Sicherheitsgefühl der Bürger durch erhöhte Präsenz der Polizei auf den Straßen gestärkt. Insbesondere Gewaltdelikte, die sich aus der Gelegenheit entwickeln, lassen sich dadurch wesentlich einschränken.

2. Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst heraushalten

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich für eine wehrhafte, streitbare Demokratie entschieden. Die bedeutet u.a., daß der Weg in den Staatsdienst nur verfassungstreuen Bürgern offensteht. Bis vor kurzem vertraten alle in den Parlamenten vertretenen Parteien ohne Einschränkung diese Meinung.

Die CDU bekennt sich nach wie vor zu einer deutlichen Anwendung der bestehenden Gesetze. Wer unsere parlamentarische Demokratie, unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, unseren sozialen Rechtsstaat ablehnt, bekämpft oder zerstören will, darf von diesem nicht in Dienst genommen werden.

Leider hat sich der größere Teil der SPD von diesem Prinzip abgewandt. Es soll nach ihrem Willen besonders für die Mitglieder der von Ost-Berlin fernge-

steuerten DKP nicht mehr in vollem Umfange gelten. Die Gewerkschaften verhalten sich bedauerlicherweise ebenso lau und dulden zahllose Kommunisten auf wichtigen Positionen in ihren Reihen.

Da der linke Flügel der SPD und die unter seinem Einfluß stehende Regierungspolitik in Hessen entgegen früherer Praxis jetzt die Behauptung aufstellen, die vorhandenen Bestimmungen reichten nicht aus, um Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien prinzipiell aus dem öffentlichen Dienst herauszuhalten, fordert die CDU alle Parteien auf, die beamtenrechtlichen Bestimmungen entsprechend zu präzisieren. Dazu gehören folgende Grundsätze:

– Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Parteien oder Aktivität in vergleichbaren anderen Organisationen begründen den Verdacht mangelnder Verfassungstreue und stehen einer Einstellung in den öffentlichen Dienst entgegen.

– Das Recht auf parteipolitische Betätigung („Parteienprivileg“) ist der beamtenrechtlichen Treuepflicht untergeordnet.

– Der Bewerber trägt die Beweislast für sein ständiges Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung.

– Die politische Entscheidung über Verbot oder Nichtverbot verfassungsfeindlicher Parteien hat nichts mit den beamtenrechtlichen Bestimmungen über die Verfassungstreue im Staatsdienst zu tun.

Eine Landesregierung der CDU wird diese Grundsätze sofort anwenden. Daneben fordern wir ihre Durchsetzung auf Bundes- und kommunaler Ebene.

Eine CDU-Landesregierung wird ferner im Rahmen ihrer landespolitischen Kompetenz gewalttätige und verfassungsfeindliche Organisationen verbieten. Diese müssen daran gehindert werden, ihre bereits jetzt vorhandenen Aktionsbasen an Schulen, Hochschulen und in Betrieben noch weiter auszubauen.

Daneben fordert die CDU die beiden anderen im Landtag vertretenen Parteien auf, gemeinsam alles zu tun, die neu entstandenen radikalen Parteien politisch zu bekämpfen und alles zu vermeiden, was deren Aufwertung dient. Die CDU Hessen wird im Bereich des politischen Radikalismus nach dem Grundsatz „Wehret den Anfängen!“ handeln.

3. Richterwahl und Juristenausbildung im Sinne unabhängiger Justiz neu regeln

Die Unabhängigkeit der Justiz, der „dritten Gewalt“, ist für die CDU absolut unantastbar. Von hier ausgehend wird eine CDU-Landesregierung Richterwahl und Juristenausbildung auf neue Grundlagen stellen.

Die CDU tritt für eine Aufgabenerweiterung des Richterwahlausschusses ein. Er soll in Zukunft nicht nur bei Einstellungen sondern auch bei Beförderungen und Versetzungen der Richter tätig werden. Dadurch wird die von der Verfassung garantierte Unabhängigkeit der Rechtsprechung gegenüber der Regierung gestärkt.

Nach dem Gesetzesvorschlag der CDU besteht der Richterwahlausschuß künftig aus 8 Landtagsabgeordneten, 6 Richtern und 1 Vertreter der Rechtsanwaltschaft. Die Richter wählen ihren Vertreter in Urwahl selbst.

Nach dem Modell der CDU müssen Beschlüsse des Richterwahlausschusses mit 2/3 Mehrheit gefaßt werden. Dadurch soll verhindert werden, daß die Landtagsabgeordneten gegen alle anderen Mitglieder Entscheidungen treffen können.

Der Richterwahlausschuß soll nach Meinung der SPD ausschließlich aus Landtagsabgeordneten bestehen. Damit wäre die Justiz in die Abhängigkeit der Mehrheitspartei oder der Regierungsparteien gebracht. Die SPD will offensichtlich den politisch abhängigen Richter. Damit wäre die Unabhängigkeit der Justiz durch Politisierung zerstört.

Der zweite Ansatzpunkt zur Politisierung bzw. Sozialisierung der Justiz ist für die hessische SPD die Ausbildung der Juristen. Alle Parteien sind sich darin einig, daß die sogenannte „einstufige Juristenausbildung“, wie sie z.B. an der Universität Augsburg bereits praktiziert wird, gesetzlich als „Versuchsmodell“ eingeführt werden soll.

Das „Wiesbadener Modell“ jedoch, von Justizminister Hemfler vorgelegt, hat eine „sozialistische“ Juristenausbildung zum Inhalt. Zielvorstellung ist nicht mehr der an Recht und Gesetz gebundene Jurist, sondern der „Sozialingenieur“, der im Rahmen einer sogenannten „kritischen Rechtswissenschaft“ fast ausschließlich gesellschaftswissenschaftlich ausgebildet werden soll. Die vorgesehene, zu kurze Zeit der praktischen Ausbildung (15 Monate) soll nicht der Wissensvermittlung durch Praktiker dienen, sondern der Anwendung der geplanten Theorie gegen die bestehende Praxis. Im Klartext heißt dies alles: die Juristenausbildung soll im Nebel der Soziologie untergehen.

Für die CDU bedeutet einstufige Juristenausbildung:

– Auf theoretische Ausbildungsabschnitte folgt jeweils ein Praktikum (Intervallsystem). Theoretische und praktische Ausbildung sollen dabei zeitlich vergleichbare große „Blöcke“ bilden. Ziel ist die nahtlose Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung. Die Dauer der gesamten Ausbildung soll etwa 6 1/2 Jahre betragen, die praktische davon insgesamt 20 Monate.

– Das inhaltliche Ziel der Juristenausbildung ist der an Recht und Gesetz gebundene, rational und politisch neutral handelnde Jurist, der sich an den freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaat gebunden fühlt.

Als Standort zur Durchführung des Modellversuchs einer einphasigen Juristenausbildung schlägt die CDU die Gesamthochschule Kassel vor. In Kassel sind Gerichte aller Gerichtszweige und aller Instanzen bis zu Bundesgerichten vorhanden. Weiterhin gibt es in Kassel eine Vielzahl von Behörden, so daß gerade Kassel durch ein Zusammenwirken von Rechtswissenschaftlern der Gesamthochschule und Praktikern der verschiedenen Gerichtszweige und Behörden eine besonders intensive Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung ermöglicht.

tischer und praktischer Ausbildung erzielt werden kann.

4. Volksvertreter unabhängig entscheiden lassen

Nach dem Grundgesetz der Landesverfassung sowie den Gemeinde- und Kreisordnungen sind Abgeordnete – gleich welcher Ebene – an Aufträge und Weisungen irgendwelcher Art nicht gebunden und nur ihrem Gewissen verantwortlich. Sie sind Vertreter aller Bürger und nicht etwa einer Partei oder Interessengemeinschaft.

Entgegen diesem aus leidvoller geschichtlicher Erfahrung gewonnenen Grundsatz versuchen besonders in Hessen immer mehr Parteigremien der SPD, die aus ihren Reihen kommenden Volksvertreter an die Beschlüsse der Partei zu binden und die Abgeordneten „fernzusteuern“. Die CDU lehnt dieses „imperative Mandat“ strikt ab.

Die CDU wird die Freiheit ihrer Abgeordneten ernstnehmen und unangetastet lassen.

5. Die Verwaltung von sozialdemokratischer Parteibuchwirtschaft und Machtverfilzung befreien

In der SPD wird unverhohlen das Ziel angestrebt, nicht nur die Volksvertreter, sondern auch die öffentliche Verwaltung von der kleinsten Gemeinde bis zu den Ministerien an die Leine der Partei zu nehmen. Die SPD glaubt, sie habe den Staat für sich gepachtet. Die Bürger unseres Landes stellen politische Abhängigkeiten vielfältiger Art fest:

– Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes werden zunehmend nicht nach Eignung und Leistung eingestellt und befördert, sondern nach Parteibuch und ideologischer Ausrichtung: „Keine Karriere ohne SPD-Parteibuch“ ist offene oder hinter vorgehaltener Hand verbreitete Meinung in der Verwaltung.

– Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die nicht der SPD angehören, werden dementsprechend benachteiligt oder auf weniger wichtige Stellen abgeschoben. Parteieintritte in die SPD kurz vor Einstellung oder Beförderung sind oft augenfälliger Beweis dieser Abhängigkeit.

– Aufträge der öffentlichen Hand werden bevorzugt an Freunde und Mitglieder der SPD vergeben. Beispiele: Vergabe von Schulfahrten an Busunternehmen, Zuweisungen von „Vertragsgästen“ an Gast-

häuser, Aufträge für Straßenbau, Reparaturen oder Reinigungsdienst an öffentlichen Gebäuden.

– Genossen haben es leichter. Bestes Beispiel hierfür war der Hanauer Giftmüllskandal. Umweltsünder und SPD-Mitglied Plaumann konnte jahrelang sein Unwesen treiben.

Exminister Dr. Best finanzierte mit der Hessischen Landesbank ein Hofgut seiner Frau. Landesbankpräsident Hankel schied vergoldet aus seinem Amt, nachdem er die Hessische Landesbank an den Abgrund gewirtschaftet hatte. Die Liste solcher Ereignisse ist endlos.

– Es besteht eine enge personelle Verfilzung von politischen Entscheidungsträgern der SPD (Abgeordnete, Bürgermeister, Landräte usw.) und öffentlichen Betrieben und Institutionen. Dies wird immer dann aktenkundig, wenn Skandale die Beweise bringen. Auf Bundesebene wird dies z. B. bei großen Bauunternehmungen und der „Neuen Heimat“ offensichtlich. In Hessen steht Ministerpräsident Osswald bei der in einen Riesenskandal verwickelten Hessischen Landesbank gleichzeitig dem Gremium vor, das die Eigentumsrechte vertritt und dem Gremium, das dieses kontrollieren soll. Alle Minister haben Sitz, Stimme und Vergütung in Gremien der Landesbank!

Die hessische CDU und eine von ihr gestellte Landesregierung werden nicht etwa, wie dies die SPD gerne als Ausrede verwendet, diese für den gesamten Staat äußerst schädliche Entwicklung mit umgekehrtem Vorzeichen weiterführen. Vielmehr werden Parteibuchwirtschaft und Machtverfilzung abrupt unterbrochen und folgende Grundsätze durchgesetzt:

– Die Bürger Hessens müssen das Gefühl haben, niemals von einer Partei abhängig zu sein.

– Strenge Trennung von Partei und Staat. Jeder Bürger muß vom Staat ohne Rücksicht auf seine politischen Vorstellungen gleich behandelt werden.

– Einstellung, Aufstieg und Aufgabenzuweisung im öffentlichen Dienst sind ausschließlich nach Eignung und Leistung vorzunehmen.

– Dienstleistungen und Auftragsvergabe der Verwaltungen an Bürger oder Gewerbebetriebe stehen ohne Ausnahme unter dem Satz „Vor der Verwaltung sind alle gleich“ und „das günstigste Angebot erhält den Zuschlag“.

E. Umweltschutz und Landschaftspflege

Fragen des Überlebens

Der Umweltschutz ist eines der dringendsten Probleme unserer Zeit. Gerade im Verdichtungsgebiet Rhein-Main zeigen Luftverschmutzung durch Autoabgase, Industrie und Heizungsanlagen, Lärm, Wasserverschmutzung und Abfallprobleme immer deutlicher die Kehrseite der Medaille des wirtschaftlichen Wohlstandes.

Umweltschutzpolitik bedeutet für die CDU:

– Im Ballungsgebiet muß im Vordergrund der Bemühungen eine umweltfreundliche Städte- und Raumplanung stehen. Das Ballungsgebiet ist durch Industriean siedlung in Nord- und Osthessen zu entlasten.

– Verkehrswege, Industrieansiedlungen, Kraftwerke und Flugplätze müssen dort entstehen, wo sie die Bevölkerung am wenigsten belästigen.

– Grünflächen, Wald, Grüngürtel und Grünränder müssen in einem solchen Ausmaße angelegt werden, daß die ökologische Regeneration gesichert ist.

– Die Landschaft darf nicht weiter zersiedelt werden. Die Verdichtung darf sich nur in geordneter Form entlang der Hauptverkehrsachsen entwickeln, so daß dazwischen genügend Flächen für die Naherholung bleiben.

– Bei der Ausweisung neuer Baugebiete ist darauf zu achten, daß Frischluftschneisen von der Bebauung freibleiben, um den Luftaustausch in der Stadt zu ermöglichen.

– Industriegebiete sind so anzulegen, daß ihre Abgase die Städte nicht erreichen.

– Der Abgasausstoß privater Heizanlagen ist durch weitgehenden Anschluß an Fernwärme herabzusetzen.

– Bei allen Kraftwerken, Müllverbrennungsanlagen und dergleichen müssen die neuesten technischen Erkenntnisse angewendet werden.

– Die Stadtgebiete sind weitgehend durch Massenverkehrsmittel zu erschließen. Diese müssen in bezug auf Fahrzeit und Fahrkomfort so attraktiv sein, daß sie das freiwillige Umsteigen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel erleichtern.

Die CDU wird im Ballungsgebiet Smog-Alarmpläne aufstellen, die Industrie, Kraftverkehr und Heizungsanlagen im Alarmfall durch entsprechende Maßnahmen an weiterer Luftverschmutzung hindern. Die Immissionsgrenzwerte der einzelnen Alarmstufen werden nach den neuesten technischen und medizinischen Erkenntnissen ermittelt und laufend überprüft.

Auch der Lärmschutz kann wesentlich ausgebaut werden. Hauptverkehrswege müssen so angelegt werden,

daß sie Wohngebiete möglichst wenig belästigen. Im Rahmen des Landesstraßenbaues wird die CDU für Schutzbepflanzungen und Schutzwälle gegen Lärm ausreichend Mittel bereitstellen. Die CDU wird die Verwendung schallisolierender Bauteile und Fenster ebenso großzügig fördern wie die Entwicklung entsprechender Baumethoden und Bauformen.

Für Abfallbeseitigungsanlagen und Kläranlagen wird eine CDU-Landesregierung ein landesweites Förderungsprogramm entwickeln. Städte, Landkreise und Gemeinden können nicht länger mit diesem Problem alleingelassen werden. Neben stärkeren finanziellen Hilfen ist vor allem die Ausweisung der benötigten Standorte für Abfallbeseitigungsanlagen wichtig.

Besonders verschmutzt sind die Nebenflüsse des Rheins und des Mains, z.B. die Weschnitz, Modau, Mümling und Kinzig, die Lahn bei Wetzlar und die aus der „DDR“ kommende Werra. Im Bereich dieser Flüsse wird die CDU den Bau vollbiologischer Kläranlagen besonders fördern.

Die CDU spricht sich ausdrücklich für das Verursacherprinzip aus und wird Abfall- und Abwassersünder unnachsichtig verfolgen. Einen „Hanauer Giftmüllskandal“ wird es unter einer CDU-Regierung nicht geben. Müllbeseitigungsanlagen müssen lückenlos überwacht werden.

Auf dem Gebiet der Landschaftspflege wird die CDU die von ihr in das Hessische Landschaftspflegegesetz eingebrachte Linie weiterverfolgen. Sie wird die von ihr vorgeschlagenen Landschaftspflegegenossenschaften unterstützen. Die CDU setzt sich ein für den freien Zugang zu Flüssen, Wäldern und Seen und fordert die Grundstückseigentümer zur Rekultivierung früherer Abbauflächen und jetzt brachliegenden Geländes auf. Sie wird entsprechende Maßnahmen überall dort finanziell unterstützen, wo sie für den einzelnen Eigentümer unzumutbar sind. Die CDU erkennt die großen Verdienste der Landwirtschaft um die Erhaltung der Kulturlandschaft an und wird die Landschaftspflege entsprechend fördern.

F. Gesundheit

Höchstes Gut des Menschen

Aufgabe öffentlicher Gesundheitspolitik ist es, die schnellen Fortschritte der Medizin allen Bürgern ohne Rücksicht auf ihr Einkommen und ohne zeitliche Verzögerung nutzbar zu machen. Die CDU Hessen fordert daher den an der Wissenschaft orientierten Ausbau des Gesundheitswesens und eine Intensivierung der Gesundheitserziehung und der Gesundheitsvorsorge.

Dabei treten wir für ein freies, vielgestaltiges Gesundheitswesen ein. In ihm arbeiten unabhängige niedergelassene Ärzte neben Ärzten des staatlichen Gesundheitsdienstes, öffentliche neben freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern. Die Ärzteschaft und die nichtärztlichen Fachkräfte des Gesundheitswesens wirken gemeinsam zum Wohle der Menschen.

Die CDU wendet sich gegen alle Tendenzen der Spezialisierung und Bürokratisierung des Gesundheitswesens, die zu einem Qualitätsverlust und zu der Abwanderung befähigter Ärzte aus der allgemeinen Versorgung führen würden.

1. Die ärztliche Versorgung sichern

Besonders auf dem Lande bestehen erhebliche Lücken in der ärztlichen Versorgung. Aber auch in der Stadt überschreitet der einzelne Arzt oft seine physischen Grenzen. Das kann nicht zum Wohle seiner Patienten sein. Eine CDU-Landesregierung wird daher ihr Augenmerk vor allem auf die Verbesserung der ärztlichen Versorgung richten. Dazu ist erforderlich

- den öffentlichen Gesundheitsdienst personell auszubauen
- in Zusammenarbeit mit der Landesärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung jungen Ärzten, die in ländlichen Räumen ansässig werden wollen, Starthilfe in Form günstiger Darlehen zu geben und ihnen Praxisräume zur Verfügung zu stellen
- in den Städten und zentralen Orten die Errichtung von Arztzentren zu unterstützen
- zunächst mindestens 15 Sozial-Stationen modellmäßig aufzubauen und alle Einrichtungen der Hauspflege zu fördern
- mehr Wert auf den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu legen. Daher müssen der werksärztliche Dienst ausgebaut, die Betriebsarztzentren vermehrt werden
- das Rettungswesen systematisch weiter auszubauen, damit Patienten auf kürzestem Wege in das nächste Krankenhaus gebracht werden können. Ein einheitlicher kostenloser Notrufdienst in ganz Hessen ist einzuführen („Notruf 110“).

2. Das Gesundheitswesen dem Fortschritt anpassen

Im Krankenhauswesen gehts vor allem darum,

- auch in Hessen durchschnittlich 7,4 Akut-Betten je 1000 Einwohner in regional und fachlich gut gegliederten Krankenhäusern bereitzustellen. Dann erst erreicht Hessen annähernd den Bundesdurchschnitt

G. Sport und Freizeit

Quelle von Gesundheit und Freude

Zum Wohlbefinden des Menschen gehört die körperliche Bewegung. Sie ist im Zeitalter des „Sitzens“ bei den meisten Menschen nicht mehr ausreichend. Sport und Freizeit erfüllen die wichtige Aufgabe des Ausgleiches.

Die CDU geht davon aus, daß Gesundheitspolitik ohne sinnvolle und breitwirkende Sportpolitik auf die Dauer ohne Erfolg bleibt. Zu dieser Politik gehört zunächst die finanzielle und ideelle Unterstützung von Vereinen und Verbänden. Ein Landessportplan der CDU wird alle politisch möglichen Maßnahmen koordinieren und zusammenfassen. Eine Landesregierung der CDU wird

- dafür sorgen, daß genügend Sportlehrkräfte und Übungsleiter für Schulen und Vereine zur Verfügung stehen
- Förderung des Schulsports, besonders an Berufsschulen
- eine ausreichende Zahl von sportmedizinischen Fachkräften heranbilden
- Vereinen die kostenlose Benutzung öffentlicher Sportstätten ermöglichen

- einen vernünftigen Ausgleich zwischen ortsnaher Versorgung der Patienten und Behandlung in zentralen Spezialkrankenhäusern anzustreben
- eine sinnvolle Koordinierung der öffentlichen, freigeinnützigen und freien Träger herbeizuführen.
- in den Akutkrankenhäusern möglichst besondere Abteilungen für die Pflege von Langzeitkranken einzurichten
- in größeren Krankenhäusern neurologisch-psychiatrische Abteilungen einzuplanen
- die Einrichtung von Nachsorgekliniken voranzutreiben
- zur Behebung des Personal mangels die Ausbildungsplätze für nichtärztliches Fachpersonal zu erhöhen
- zwei weitere diagnostische Zentren in Kassel und Darmstadt zu errichten, die vor allem den Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherungen zur Verfügung stehen.

Jede ideologische Fixierung der Gesundheitspolitik ist von Übel. So ist auch mit der „Verbeamtung“ von Chefärzten niemandem gedient. Allerdings wird die CDU für eine gerechte Verteilung der Einnahmen aus Privatpflegestationen, für die Verkleinerung der Stationen nach Maßgabe des vorhandenen Personals und für eine gleiche Behandlung aller Bürger nach den Bedürfnissen ihrer Erkrankung eintreten.

- Parkanlagen, Badeplätze, Schwimmbäder, Wanderwege, Spiel- und Liegewiesen für Erwachsene und Kinder in ausreichender Zahl anlegen
- den Zugang zu den Erholungsmöglichkeiten in der freien Natur durch Verbesserung der Verkehrsverbindungen dorthin erleichtern
- die Leistungen der Gemeinden auf dem Gebiete des Freizeitlebens, der Gesundheitsförderung und des Jugendsports mit allen Kräften unterstützen.

Dem einzelnen Mitbürger steht nach Meinung der CDU möglichst große Freiheit in der Freizeit zu. Direkter oder indirekter Zwang, bestimmte Freizeitangebote des Staates anzunehmen, darf daher auf keinen Fall ausgeübt werden. Die CDU ist sich andererseits der Tatsache bewußt, daß in der heutigen Industriegesellschaft die Sicherung eines genügenden Freizeitangebotes durch den Staat zur Lebensqualität gehört. Die Landesplanung der CDU wird daher auch einen „Freizeit-Entwicklungsplan“ für Hessen entwickeln. Wir wollen damit erreichen, daß in den Gemeinden, in den Regionen, auf Landesebene, bei der Raumplanung, im Städtebau und im Verkehrswesen freizeitgerecht gedacht wird.

H. Länderneugliederung und Gebietsreform

Augenmaß ist notwendig

Die hessische CDU bekennt sich zu einem modernen Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die CDU hält eine ausgewogene Länderneugliederung in naher Zukunft für dringend erforderlich. Ziel einer Neugliederung muß die Schaffung von etwa gleich leistungsstarken Bundesländern sein, deren Grenzen zusammengehörende Wirtschaftsräume nicht durchschneiden dürfen. Das vorausgesetzt, unterstützt die hessische CDU die Schaffung eines neuen Bundeslandes durch Zusammenfassung der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

In der laufenden Legislaturperiode des Landtags ist eine Gebietsreform in Gang gesetzt worden, die kein neues Verwaltungssystem geschaffen und die in vielen Fällen nicht zu einer ausgewogenen Verwaltungsstruktur geführt hat.

Die Landesregierung hat jedoch mit der Gebietsreform z.T. vollendete Tatsachen geschaffen, deren Auswirkungen die CDU zwar bedauert, es aber nicht für vertretbar hält, mit einer Totalrevision der bisherigen Gebietsreform neue Unruhe in die Bevölkerung und in den Verwaltungsablauf zu tragen. Die CDU wird jedoch in den Fällen, in denen nicht erträgliche Verhältnisse geschaffen wurden oder geschaffen werden sollen, Änderungen vornehmen.

Das betrifft insbesondere die Groß-Bereiche „Main-Kinzig“, „Lahn-Dill-Gießen“, sowie die Einkreisung

kreisfreier Städte unseres Landes. Die CDU wird den Ballungsraum Frankfurt nach ihrem Stadtkreismodell gliedern und die weitere Verschlechterung der Verwaltungsstruktur unseres Landes durch den von SPD/FDP geplanten Mehrzweckpflichtverband verhindern.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Funktionalreform mit dem Ziel einer einfachen, kostengünstigen und bürgernahen Verwaltung vorangetrieben und verwirklicht wird. Die Landesregierung hat den Fehler begangen, die Gebietsreform durchzupeitschen, ohne genaue Vorstellungen über den Endzustand in der Verwaltung zu haben. Diese „Funktionalreform“ wird ein wichtiges Anliegen einer CDU-Landesregierung sein. Das bedeutet:

1. Verlagerung möglichst vieler Zuständigkeiten von übergeordneter Ebene (Ministerien, Regierungspräsidenten) auf bürgernahe Ebene.
2. Gliederung der Gesamtverwaltung nach möglichst einheitlichen, durchschaubaren Prinzipien; Rationalisierung der Verwaltung.
3. Weitestmöglichen Einbau der Sonderverwaltungen in die allgemeine Verwaltung und, wo das nicht möglich ist, Schaffung grenzgleicher Bezirke für Sonderverwaltungen und allgemeine Verwaltung.

